



## N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Bürgerversammlung
Sitzungsnummer	BV/003/2025
Datum	Montag, den 29.09.2025
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:30 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

### Anwesend:

#### von der Stadtverordnetenversammlung

Udo Volck	Stadtverordnetenvorsteher	SPD
Sandra Ihne-Köneke	Fraktionsvorsitzende	SPD
Michael Hundertmark	Fraktionsvorsitzender	CDU
Carmen Zühlsdorf-Michel	Fraktionsvorsitzende	Bündnis 90/Die Grünen
Dunja Boch	Fraktionsvorsitzende	FWG
Dr. Matthias Bürger	Fraktionsvorsitzender	FDP
Willi Wagner	Fraktionsvorsitzender	AfD

#### vom Magistrat

Manfred Wagner	Oberbürgermeister
Dr. Andreas Viertelhausen	Bürgermeister
Jörg Kratkey	Stadtrat
Andrea Biermann	Stadträtin
Karlheinz Kräuter	Stadtrat
Frank J. Kontz	Stadtrat

#### von der Verwaltung

Cemre Sahin-Spelkus	Koordinationsbüro Mobilitätswende
Manfred Schieche	Koordinationsbüro Mobilitätswende
Susanne Schäffer	Amt für Umwelt und Naturschutz
Eckhard Nickig	Amt für Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Christoph Wehrenfennig	Stabsstelle Bürgerbeteiligung und Digitale Perspektive

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Frau Hübschen, als Schriftführerin  
Herr Rühl

entschuldigt fehlte

FrkV Lenz, Die FRAKTION

außerdem waren anwesend

weitere Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats

**Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung**
- 2 Ausblick Haushalt 2026**
- 3 Neuigkeiten im Bereich Radverkehr**
- 4 Aktuelle Entwicklungen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung**
- 5 Umbau Restaurant Wetzlarer Hof und Sachstand Neubau Tiefgarage**
- 6 Verschiedenes**

**zu 1 Begrüßung**

StvV **V o l c k** eröffnete die Bürgerversammlung und begrüßte die erschienenen Besucher, die Mitglieder der Verwaltung sowie den Vertreter der Presse. Er erläuterte die Durchführung der Bürgerversammlung und deren gesetzliche Grundlage nach § 8a der Hessischen Gemeindeordnung.

StvV **V o l c k** stellte die hauptamtlichen Dezernenten OB Wagner, Bgm. Dr. Viertelhausen, StR Kratkey, StRin Biermann, die ehrenamtlichen Dezernenten, StR Kräuter, StR Kontz sowie die Fraktionsvorsitzenden Sandra Ihne-Köneke (SPD), Michael Hundertmark (CDU), Carmen Zühlsdorf-Michel (Bündnis 90/Die Grünen), Dunja Boch (FWG), Dr. Matthias Bürger (FDP) und Willi Wagner (AfD) vor.

## zu 2      **Ausblick Haushalt 2026**

StR K r a t k e y stellte anhand einer Präsentation die Planungen des städtischen Haushaltes dar (siehe Anlage zu TOP 2). Die Präsentation bot einen tiefen Einblick in die komplexe Haushaltsplanung der Stadt Wetzlar, einschließlich der Ertrags- und Aufwandsplanung.

StR K r a t k e y erklärte, dass die wichtigsten Einnahmenquellen der Stadt die Steuern, darunter Grundsteuer A und B, die Gewerbesteuer sowie Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer seien. Diese betrügen rund 200 Millionen Euro, wovon etwa 121 Millionen aus den genannten Steuern stammen. Er wies darauf hin, dass die Anteile der Einkommen- und Umsatzsteuer konjunkturellen Schwankungen unterliegen. Weiterhin erhebe die Stadt eine Vergnügungssteuer für Spielapparate, die ein stabiles Aufkommen darstelle. Die Schlüsselzuweisungen des Landes helfen beim Ausgleich des Finanzbedarfs, seien aber schwierig zu kalkulieren.

Er informierte, dass eine aufkommensneutrale Umstellung der Grundsteuer gelungen sei, da die Stadt eine eigene Berechnung dafür angestoßen und sich nicht auf die angesetzten Prozentpunkte des Landes verlassen habe.

StR K r a t k e y teilte mit, dass für 2025 ein Haushaltsansatz von 61 Millionen Euro für die Gewerbesteuer vorgesehen sei und er erklärte, dass sich die geplante Einnahmeerwartung auf Vorausleistungsbescheide und Messzahlen des Finanzamtes stütze.

Zu den Ausgaben berichtete er, dass diese 198,4 Millionen Euro betrügen und gesetzliche Umlagen, Personalaufwendungen sowie Dienstleistungen abdecken würden. Ein Teil der Auflagen werde durch Kredite finanziert, wobei die Nettoneuverschuldung bei 31 Millionen Euro liege.

Abschließend informierte StR K r a t k e y über das Genehmigungsverfahren und erläuterte, dass Kommunen im Gegensatz zu Bund und Ländern ihren Haushalt zur Prüfung vorlegen müssen. Das Genehmigungsverfahren sei umfangreich und wichtig, um eine vorläufige Haushaltsführung zu vermeiden, bei der nur verpflichtende Aufgaben finanziert würden. Ziel sei es weiterhin, alle Anstrengungen zu unternehmen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

## zu 3      **Neuigkeiten im Bereich Radverkehr**

StRin B i e r m a n n ging einleitend auf die Spannungsfelder zwischen Autofahrern, Radfahrern und Fußgängern ein und die kontroverse Diskussion der Schutzmaßnahmen. Sie schilderte, dass trotz der geografischen Herausforderungen, die Wetzlar von Städten wie Münster unterscheide, Fortschritte im Radverkehr zu verzeichnen seien. Dies zeige sich an den kürzlich umgesetzten Projekten, die im Anschluss vorgestellt werden.

Frau S a h i n - S p e l k u s ging in ihrer Präsentation (siehe Anlage zu TOP 3) auf vier Projekte ein, die zur Verbesserung des Radverkehrs in Wetzlar beitragen. Im Einzelnen waren dies die neue Radwegweisung in Wetzlar, die Einrichtung einer Fahrradstraße in der Weingartenstraße in Steindorf, eine verbesserte Radinfrastruktur am Karl-Kellner-Ring und die neue Lahnbrücke in Naunheim.

Zur neuen Radwegweisung erklärte Frau S a h i n - S p e l k u s, dass diese als Teil des Rad- und Fußverkehrskonzepts, welches im Jahr 2019 erstellt worden sei, ca. 250 Wegweisungs-Knoten zur Orientierung umfasse und sich auf das im Rad- und Fußverkehrskonzept definierte Haupt- und Nebenroutennetz beziehe.

Sie berichtete, dass die in der Weingartenstraße in Steindorf eingerichtete Fahrradstraße die erste ihrer Art in Wetzlar und am 26. September eröffnet worden sei. Sie erklärte die Entstehung und die Merkmale einer Fahrradstraße und verwies dazu auf die gesetzlichen Grundlagen.

Frau S a h i n - S p e l k u s informierte, dass die Radinfrastruktur am Karl-Kellner-Ring im Rahmen der Baumaßnahme zur Deckensanierung und Einrichtung der Einbahnregelung entstanden sei. Sie bestehe aus einem 3 m breiten Radfahrstreifen, der durch Piktogramme gekennzeichnet sei, mehr Platz für Radfahrer und Fußgänger biete und somit die Sicherheit erhöhe. Zusätzlich seien neue Fahrradampeln installiert worden.

Als letztes Projekt stellte sie die neue Lahnbrücke in Naunheim vor, die den Ortskern von Naunheim mit der Lahninsel verbinde und gleichermaßen von Fußgängern und Radfahrern genutzt werden könne. Die neue Stahlbrücke habe eine Breite von 4 m, ersetze den alten Lahnsteg und erleichtere dadurch den Begegnungsverkehr.

Ein Bürger fragte nach dem „alten“ Teil des Karl-Kellner-Rings und schilderte, dass durch die enge Fahrspur kein Begegnungsverkehr möglich sei, was dazu führe, dass der Gehweg genutzt werde. Dies stelle eine erhebliche Gefahr dar. Bgm. Dr. V i e r t e l h a u s e n informierte, dass der Umbau des zweiten Teils des Karl-Kellner-Rings noch ausstehe und vom Umbau des Parkhauses des Lahn-Dill-Kreises abhängen, sodass die geplanten Baumaßnahmen aufgrund der Arbeiten am Parkhaus derzeit nicht umsetzbar seien. Er erklärte, dass die Umbaumaßnahmen des Karl-Kellner-Rings bis zur Erneuerung der Bahnüberführung fertiggestellt sein müssen.

Ein Bürger bezog sich auf die Fahrradstraße in Steindorf und fragte nach den Sicherheitsvorkehrungen, die dort eingerichtet werden. StRin B i e r m a n n erläuterte, dass es dort einen Termin mit dem Schutzmann vor Ort gegeben habe, mit dem Ergebnis, dass an die gegenseitige Rücksichtnahme appelliert und Fußgänger sowie Radfahrer sensibilisiert werden müssen.

Eine Bürgerin fragte nach der Fertigstellung der Baustelle am R7 an der Lahn und wies auf den kurzen roten Fahrradweg in Richtung Hausertor hin, dessen Nutzung sich als gefährlich darstelle und fragte nach der weiteren Planung. Bgm. Dr. V i e r t e l h a u s e n erklärte die Gründe für die Verzögerungen der Baumaßnahme und dass aktuell die Bodenverunreinigungen im Bereich der Inselstraße beseitigt würden. Der „Lückenschluss“ in Richtung Freibad (Unterquerung der Brückenstraße) stehe vor der Ausschreibung und die Planungen sehen vor, dass der Radweg um das neue Freibad geführt werde.

Zu dem von der Bürgerin angesprochenen Teil des Radweges am Hausertor informierte Bgm. Dr. V i e r t e l h a u s e n, dass der ursprünglich vorgestellte Plan überarbeitet und die Führung des Radweges auch wegen der Versetzung des vorhandenen Schachtbauwerkes verändert werden müsse.

Eine Bürgerin fragte nach dem Sachstand der Fahrradstraße Solmserstraße, wann diese fertiggestellt sein werde und ob mit einer vorläufigen Verbesserung des Untergrundes zu rechnen sei. Aktuell sei der Untergrund durch tiefe Löcher sehr gefährlich. Bgm. Dr. Viertelhausen erläuterte, dass die Solmserstraße komplett saniert werden müsse. Begonnen werde mit der Stützmauer, anschließend folgen die Begutachtung des Kanals und der Ausbau der Straße. Vor dieser Maßnahme werde die Kanalsanierung im Bereich der Weiherstraße und der Nauborner Straße erfolgen, die aufgrund der nicht fertiggestellten Baumaßnahme in Weidenhausen nicht umgesetzt werden konnte.

Eine Bürgerin klagte über die neue Radwegführung vom Buderusplatz in Richtung Neustadt, erläuterte, dass die Radfahrer im Bereich der Sparkasse in den fließenden Verkehr geführt werden und fragte nach Verbesserungen der Situation. Bgm. Dr. Viertelhausen erklärte, dass es zur Zeit der Einrichtung des jetzigen Provisoriums keine andere Möglichkeit gegeben habe, den bestehenden Engpass zu umgehen. Wenn der Westanschluss nach Wetzlar hineingeführt werde, könne die Situation durch das mittlerweile erworbene Grundstück aufgeweicht werden.

Ein Bürger fragte, ob es Planungen hinsichtlich eines Radweges vom Neuen Rathaus in Richtung Innenstadt gebe. StvV Volk antwortete, dass dies intern besprochen und geprüft werde.

Stellungnahme des Fachamtes:

*„Das Radwegenetz in Wetzlar ist im Rad- und Fußverkehrskonzept durch Haupt- und Nebenrouten definiert. Für den Bereich der Ernst-Leitz-Straße zwischen Magdalenenhäuser Weg und Karl-Kellner-Ring schlägt das Konzept die Markierung eines einseitigen Schutzstreifens auf der Südseite (stadteinwärts) vor. Konkrete Planungen für eine Umsetzung dieses Vorschlags gibt es aktuell nicht.“*

#### **zu 4 Aktuelle Entwicklungen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung**

Frau Schäffler erläuterte zu Beginn die Begriffe Klimaschutz und Klimaanpassung und ging in ihrer Präsentation (siehe Anlage zu TOP 4) darauf ein, dass in Wetzlar bereits umfassende Maßnahmen zu beiden Punkten ergriffen wurden. Sie informierte, dass die Stadt Wetzlar ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept sowie ein Klimaanpassungskonzept entwickelt habe, die strategisch ausgerichtet seien, um Treibhausgase zu reduzieren und die Erderwärmung zu minimieren. Weiterhin engagiere sich Wetzlar in verschiedenen Bereichen wie Wassermanagement, Naturschutz und Lärmemissionen. Frau Schäffler nannte die Einführung von fünf Windkraftanlagen und die kommunale Wärmeplanung als Teil der Klimaschutzmaßnahmen.

Frau Schäffler informierte, dass zur Klimaanpassung Projekte wie die Stadtklimaanalyse sowie ein Hitzeportal initiiert worden seien. Das Thema Starkregen werde ebenfalls mit gezielten Maßnahmen zur Wasserableitung behandelt. Zum Thema Stadtbegrünung verwies sie auf die Richtlinie für die Förderung von Dach-, Fassaden- und Hofbegrünungen.

Frau S c h ä f f e r berichtete weiter, dass die Bevölkerung aktiv einbezogen werde und führte die angebotenen Workshops und Online-Beteiligungsformulare an. Weiterhin gebe es Projekte wie die Ausbildung von Bürgerberatern für PV-Anlagen (Bürgersolarberater) und energetische Sanierung sowie Informationsveranstaltungen zur kommunalen Wärmeplanung.

Abschließend fasste Frau S c h ä f f e r zusammen, dass die Stadt Wetzlar bereits einige Konzepte erarbeitet habe und diese in den kommenden Jahren umsetzen werde, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen.

Auf die Nachfrage eines Bürgers nach der Vorgehensweise zur Schaffung von Ausgleichsflächen und wie die Kontrolle der geschaffenen Ausgleichsflächen erfolge, erklärte Frau S c h ä f f e r, dass immer dann, wenn die Natur beeinträchtigt werde, eine Ausgleichsfläche mit der gleichen ökologischen Wertigkeit geschaffen werden müsse. Eine weitere Möglichkeit biete das Ökopunkte-Konto, welches durch Punkteverlust bzw. durch den Ankauf von Punkten Ausgleich schaffen könne. Sie erläuterte weiter, dass das Ausgleichsflächenkataster in Vorbereitung sei und sukzessive die Kontrolle der Umsetzung erfolge.

Der Bürger machte darauf aufmerksam, dass infolge der nicht bestimmungsgemäßen Nutzung von Garagen vermehrt Vorgartenflächen als Stellplätze genutzt und versiegelt würden. Dies widerspreche den städtischen Programmen zur Förderung von Begrünung und Entsiegelung. Er fragte, welche Kontrollmechanismen bestünden und welche Maßnahmen die Stadt hierzu ergreife. Bgm. Dr. V i e r t e l h a u s e n wies drauf hin, dass vor Änderung der Hessischen Bauordnung Schottergärten grundsätzlich zulässig waren, wenn der Bebauungsplan diese nicht ausgeschlossen habe, was bedeute, dass diese über Bestandsschutz verfügen. Nach der Änderung der Hessischen Bauordnung seien Schottergärten nicht mehr zulässig. Zum Thema Stellplätze erinnerte er an die Regelungen der Stellplatzsatzung und informierte, dass pro Gebäude auf einem Grundstück zwei Grundstücksüberfahrten zulässig seien und somit die Versiegelung für Parkflächen auf Grundstücken nicht zu verhindern sei.

Ein Bürger fragte nach, ob nichteinsehbare Dachflächen von denkmalgeschützten Gebäuden mit Photovoltaik-Anlagen bestückt werden können. Bgm. Dr. V i e r t e l h a u s e n erläuterte dazu die geänderte Rechtslage und dass nach der Handreichung der Denkmalschutzbehörde auf nicht einsehbaren Flächen mit optisch unauffälligen Modulen eine reversible Montage möglich sei, wenn kein schwerwiegender Eingriff in die historische Substanz erfolge.

Der Bürger regte weiter an, Bewegungslicht in der Altstadt zu installieren. Bgm. Dr. V i e r t e l h a u s e n teilte dazu mit, dass dies im Widerspruch mit dem Sicherheitsaspekt stehe und dass das subjektive Sicherheitsgefühl durch Beleuchtung zunehme. Er informierte, dass die Beleuchtung auf „Halbnachtstellung“ eingestellt sei und damit 50 % der Lichtleistung gedimmt werde.

StvV V o l c k fragte nach dem Fortschritt zur Umstellung der Straßenlampen auf LED. Bgm. Dr. V i e r t e l h a u s e n antwortete, dass die Umstellung auf LED nach seinem Wissen zu zwei Drittel umgesetzt worden sei, die genaue Zahl werde mit dem Protokoll nachgeliefert.

Stellungnahme des Fachamtes:

*Nach Angaben der enwag mbh ist die LED-Umstellung zu 52,1 % abgeschlossen.*

## **zu 5 Umbau Restaurant Wetzlarer Hof und Sachstand Neubau Tiefgarage**

StR K o n t z erläuterte anhand einer Präsentation (siehe Anlage zu TOP 5) die umfassenden Renovierungsarbeiten und Umgestaltungen am Wetzlarer Hof. Er beschrieb, dass die Empfangsbereiche und Zimmer modernisiert und mit trendigen Farben gestaltet werden, während die alte Rezeption durch eine neue Theke ersetzt werde. Ein Konferenzraum werde zum Frühstücksraum umgestaltet, dieser könne aber dennoch auch für Konferenzen genutzt werden. Er erklärte weiter, dass die oberen Stockwerke umfassend saniert werden, um den Anforderungen eines Vier-Sterne-Hotels gerecht zu werden.

In seinen weiteren Ausführungen verdeutlichte StR K o n t z, dass das Restaurant sowie der Lounge-Bereich ein frisches Design im Stil der 60er und 70er Jahre erhalten und mit individuell angefertigten Möbeln ausgestattet werden. Die Sitzplätze im Restaurant werden dabei reduziert, um mehr Komfort zu bieten und die Terrasse werde mit großen Marktschirmen ausgestattet.

Abschließend erklärte er, dass der Umbau schrittweise erfolge und die Küche später renoviert werde, wobei der Betrieb während der Umbaumaßnahmen durch eine Not- oder Cateringküche aufrechterhalten werde. Die Kosten der Renovierung belaufen sich auf etwa 1,7 Millionen Euro, wobei 700.000 Euro für die Modernisierung der Küche eingeplant seien.

Ein Bürger hinterfragte die Höhe der Ausfallkosten durch die Umbaumaßnahmen. StR K o n t z erläuterte die Eigentumsverhältnisse und erklärte, dass es eine Vereinbarung zwischen dem Pächter und der Stadt für eine evtl. Pachtminderung gebe, sollte der Umbau dazu führen, dass der Umsatz ausbleibe bzw. sich erheblich vermindere.

Weiter stellte der Bürger infrage, ob der Betrieb eines Hotels zur Kernaufgabe einer Gemeinde gehöre und bezweifelte, dass dies vom Regierungspräsidium gestattet würde. StV V o l c k erläuterte die historischen Eigentumsverhältnisse des Hotels, an dem neben der Stadt auch stets der Bürgerverein beteiligt gewesen sei und erklärte, dass Investitionen in Hotel und Stadthalle getrennt zu behandeln seien. OB W a g n e r versicherte, dass die Konstruktion seitens der Kommunalaufsicht seit jeher unbeanstandet sei, da sie im Beteiligungsbericht gemäß der hessischen Gemeindeordnung veröffentlicht und im Stadtparlament behandelt werde.

StR K o n t z gab anhand von Bildern einen Überblick zum Sachstand der Tiefgarage.

## **zu 6 Verschiedenes**

StV V o l c k rief TOP 6 auf und bat um Verständnis für den Fall, dass nicht auf alle Fragen direkt eine Antwort erfolgen könne.

### Straßenbenennung nach Gisela May

Ein Bürger erinnerte an einen Vorschlag aus der Veranstaltung „100 Jahre Gisela May“ anlässlich des 100. Geburtstages der Sängerin und Schauspielerin, die Anlage in der „Verlängerung der Helgebachstraße“ nach ihr zu benennen. StR K o n t z informierte, dass noch weitere Vorschläge eingegangen seien und man mit der Thematik befasst sei.

### Ehemaliges Stadtteilbüro Garbenheim Backhausstraße 3

Auf die Frage einer Bürgerin nach den Plänen für das Gebäude in der Backhausstraße 3 erinnerte OB W a g n e r daran, dass das Stadtteilbüro in Garbenheim in die von der Stadt angemietete Liegenschaft des ehemaligen Gasthauses Hedderich umgezogen sei. Die Liegenschaft in der Backhausstraße 3 sei von der Stadt vermietet und soll zu Wohnzwecken genutzt werden.

### Citybus-Haltestelle Schillerplatz

Eine Bürgerin erläuterte, dass der Citybus seit einiger Zeit nicht mehr am Schillerplatz halte. Sie wies darauf hin, dass es keinen Hinweis auf eine alternative Haltestelle gebe. OB W a g n e r antwortete, dass der Hinweis aufgenommen werde.

Stellungnahme des Fachamtes:

*„Die Haltestelle wurde am Folgetag überprüft. Der Hinweis der Bürgerin ist unzutreffend. Der Hinweis zur Nutzung der benachbarten Haltestelle „Leitzplatz“ war vorhanden. Er wurde zusätzlich nochmals angebracht.“*

### Bahnhofsgebäude Wetzlar

Ein Bürger beschrieb, dass sich das Bahnhofsgebäude in einem beklagenswerten Zustand befinde und eine „Schande“ darstelle. Weder die Bundespolizei noch die Stadtverwaltung oder andere involvierte Parteien hätten nachhaltige Maßnahmen ergriffen, um die Missstände zu beheben. Verantwortlichkeiten würden zwischen den Beteiligten hin- und hergeschoben, wobei keine konkreten Fortschritte erzielt werden.

OB W a g n e r erklärte, dass das Gebäude Eigentum der Deutschen Bahn bzw. dessen Tochtergesellschaft sei und stellte klar, dass die Verwaltung mit der Bahn regelmäßig Gespräche führe. Diese habe Pläne zur Gestaltung der Bahnunterführung, des Vorplatzes und der Wartehalle vorgestellt. Er bedauerte, dass die Stadt aktuell nicht mehr ausrichten könne. Die Bahn werde unter dem Aspekt „Zukunftsbahnhof“ verschiedene Änderungen vornehmen, die vermutlich im Jahr 2026 durchgeführt werden sollen.

### Neubau Domhölfe

Eine Bürgerin monierte, dass im Rahmen des Neubaus der Domhölfe Unklarheiten darüber bestünden, ob dieser die gleiche Grundfläche wie der Altbau habe. Sie ging in ihren Ausführungen auf ein Eckpunktepapier ein, nach dem der Neubau in der Baugrube des ehemaligen Stadthauses errichtet werden sollte und damit den gleichen Fußabdruck haben würde. Dies werde jedoch aufgrund der Bautätigkeiten angezweifelt. Sie stellte die Frage, ob der Bebauungsplan in diesem Bereich noch gültig sei.

Bgm. Dr. Viertelhausen ging auf die Geschichte zum Bau der Domhöfe ein und erläuterte die ursprünglichen Pläne und Änderungen. Er führte aus, dass die Stadtverordnetenversammlung in zahlreichen Entscheidungen und Grundsatzbeschlüssen, mit Hilfe von Eckpunktepapieren und dem Bebauungsplan, das Projekt Domhöfe auf den Weg gebracht habe. Das Projekt habe über die Zeit hinweg verschiedene Anpassungen erfahren, über die die Stadtverordnetenversammlung wiederholt Beschlüsse gefasst habe. Die Baugrube des neuen Projekts umfasse die Fläche des ursprünglichen Stadthauses, obwohl alte Fundamente entfernt und ein Arbeitsraum geschaffen werden musste.

Bgm. Dr. Viertelhausen bat darum, die Realität des Projekts zu akzeptieren und dessen Umsetzung zu begrüßen, auch wenn es angesichts der langen Entscheidungsprozesse und vielen Änderungen unterschiedliche Meinungen darüber gebe.

Bezugnehmend auf den Bau der Domhöfe fragte ein Bürger nach der Definition des Fußabdruckes. Bgm. Dr. Viertelhausen erklärte, dass das alte Gebäude abgetragen und das neue Gebäude in dessen Baugrube errichtet worden sei. Dazu hätten Zufahrtsrampen gebaut und umliegende Gebäude stabilisiert werden müssen. Zudem seien Bohrungen notwendig gewesen, um die Grundmauern seitlich zu verstärken. Er führte weiter aus, dass im Rahmen der Bauarbeiten auch Kanalhaltungen und Versorgungsleitungen rund um das Gebäude erneuert worden seien und dass die Domhöfe in der Baugrube des ehemaligen Stadthauses am Dom stünden. Somit ersetze der Neubau das alte Gebäude.

#### Tiefgarage Stadthalle Wetzlar

Ein Bürger und regelmäßiger Nutzer der Tiefgarage bat um Information zur zeitlichen Abfolge zum Abriss und Neubau der Tiefgarage. StR Kontz führte einleitend aus, dass die Planungen erfordern, dass der Abriss erst beginne, wenn das Parkhaus Goethestraße befahrbar sei. Dies sei notwendig, um alternative Parkmöglichkeiten für Anwohner, Hotelgäste und Veranstaltungsteilnehmer während der Bauarbeiten anzubieten. Die Bauzeit des Parkhauses der Stadthalle werde auf etwa 18 Monate geschätzt.

StR Kontz erklärte, dass eine europaweite Ausschreibung erfolgen müsse, was den Zeitplan beeinflussen könnte. Es wird erwartet, dass mit dem Abriss und Aufbau der neuen Anlage Mitte 2026 begonnen werden könne. Parallel sollen die Vorbereitungen für die Tiefgarage getroffen werden, um einen nahtlosen Übergang zu gewährleisten.

#### Abriss Fröbelschule

Auf Nachfrage eines Bürgers zum Abriss der Fröbelschule antwortete Bgm. Dr. Viertelhausen, dass die Fröbelschule bereits verlagert worden sei. Es soll ein Teilabriss erfolgen. Der genaue Zeitablauf werde über das Protokoll mitgeteilt.

Stellungnahme des Fachamtes:

*„Die Fröbel-Schule wird neu gebaut. Abbruchgenehmigung ist erteilt, Baugenehmigung liegt vor. Der LDK wartet noch auf den Eingang des Förderbescheides bevor die Maßnahmen beauftragt werden.“*

## Naturfreibad

Ein Bürger erkundigte sich, ob die Parkanlage genutzt werden könne, wenn das Freibad geschlossen ist. Bgm. Dr. Viertelhausen erklärte, dass das Restaurant sowie das Gelände ganzjährig zugänglich seien. Für das Freibad selbst sei ein Zaunsystem vorgesehen, das den Versicherungsvorgaben entspreche. In den Wintermonaten, in denen kein Badebetrieb stattfindet, werden die tiefen Bereiche des Schwimmerbeckens durch Absperrungen gesichert, um ein unbeabsichtigtes Betreten des tiefen Wassers zu verhindern. Die benötigten Bodenröhren seien bereits vorhanden.

Bgm. Dr. Viertelhausen informierte weiter, dass Schilder am Eingang auf das Schwimmbadgelände und die zunehmende Wassertiefe hinweisen werden, ansonsten bleibe das Gelände geöffnet und als Parkanlage zugänglich.

StvV Volck dankte allen Besuchern für die rege Teilnahme, wünschte einen guten Nachhauseweg und schloss die Bürgerversammlung.

Der Stadtverordnetenvorsteher:

Die Schriftführerin:

Volck

Hübchen